

19.11.2015 Heute demonstrieren wir vor dem Eingang des Berliner Rathauses, weil um 10 Uhr die Bezirksbürgermeister zum Rat der Bürgermeister zusammen kommen. Wir appellieren an sie:

Den PsychKG-Entwurf mit Vollmacht zu Securitate Terror verwerfen!

Die Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit hat in der Verantwortung von Securitate Senator Mario Czaja in einem vierten Anlauf den Entwurf für eine Novellierung des PsychKG ausgearbeitet, der am 13.10. im Senat und am 15.10. im Rat der Bürgermeister auf der Tagesordnung stand.

Wir haben inzwischen auch diesen Entwurf im Internet veröffentlicht und festgestellt: Die alte Giftmischung wurde nur in neue Schläuche verpackt und auf über 150 Seiten aufgeschäumt. Im Wesentlichen ist es aber derselbe illegale, mit geltendem Recht der Behindertenrechtskonvention völlig unvereinbare Terror gegen psychiatrisch verleumdete Mitbürger geblieben. Wie Innensenator Henkel, der verteidigte, dass dessen Untergebene einen virtuellen Fake-Arzt als medizinisches Tarnschild für eine reibungslose Abschiebep Praxis eingekauft hatten – zynisch: Betroffenen könnten sich ja danach beschweren – will Senator Mario Czaja SPD-Psychiater als neue *Geheim-polizei* (also ohne Richtervorbehalt, siehe § 6 Abs. 4 Satz 2) sogar Wohnungen stürmen lassen, um Menschen

- standrechtlich pathologisieren,
- in eine geschlossene Psychiatrie verschleppen und
- dort durch Zwangsbehandlung foltern lassen zu können.

So zynisch wie Senator Henkel: Betroffene könnten sich ja danach beschweren.

Am 16.10. fragte der Abgeordnete der Piraten, *Alexander Spies*, den Senat, ob die menschenrechtlichen Vorgaben ausbuchstabiert in der Behindertenrechtskonvention (BRK) in dem Entwurf erfüllt seien. Inzwischen liegt die Antwort vor. Der Senat hat offenbart, dass er die Behindertenrechtskonvention, die Monitoringstelle und den UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen für belanglos hält. Es läuft auf eine Verachtung der UN und der

**Landesverband
Psychiatrie-Erfahrener
Berlin-Brandenburg e.V.
im Haus der
Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin**

Tel.: 030-291 1001
Fax.: 030-782 8947
werner-fuss@berlin.de
www.psychiatrie-erfahrene.de

Menschenrechte hinaus! Siehe Drucksache 17/17192 Mit dem Zauberwort „Gefahrenabwehr“ versucht der Senat, Schutzhaft gegen angeblich „psychisch Kranke“ in Form einer diskriminierenden Sonderduldungspflicht durchzusetzen. Dabei gibt es *keine* Sondergefahr durch angebliche oder tatsächlich „psychisch Kranke“, es gibt nur Gefährdungen bzw. konkret gefährdende Handlungen von Mitbürgern, die zu Interventionen der Polizei führen. Dafür gibt es von Verleumdung und Ruhestörung bis zum Besitz gefährlicher Chemikalien, Waffen- oder Tiere für *alle Bürger gleich gültige* Rechte und Pflichten. Es gibt keinerlei Lücken im Rechtsstaat, die in einem solchen Falle nicht ein rechtsstaatlich angemessenes und verhältnismäßiges Verhalten der Polizei allen Bürgern gegenüber gleich ermöglichen würde. Umgekehrt sind angeblich oder tatsächlich psychisch Kranke ganz besonders gefährdet: zwischen 2007 und 2014 sind in Deutschland mindestens 16 angeblich „psychisch Kranke“ in der Auseinandersetzung mit der Polizei ums Leben gekommen – ein Drittel aller Menschen, die bei Polizeieinsätzen ums Leben kamen. Zu diesen Tötungen kam es deshalb, weil die Polizei zum angeblich Besten der dann Getöteten eingesetzt wurde: um deren Zwangspsychiatriesierung durchzusetzen, siehe Asmus Finzen in *'soziale psychiatrie' (1/2014)*.

Sowohl im Staatenbericht des UN-Fachausschusses für Menschen mit Behinderungen über Deutschland, als auch in den Richtlinien zum *Artikel 14: Freiheit und Sicherheit der Person* der BRK, den der UN-Fachausschuss bei seinem 14. Treffen im September 2015 veröffentlicht hat, ist dies unmissverständlich dokumentiert.

Psychiatrische Zwangsmaßnahmen mit Hilfe der vorgeschlagenen PsychKG-Paragrafen zu legalisieren ist ein Affront gegen die BRK und damit gegen die Menschenrechte und sowieso ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen.

Zwangspsychiatrie und Zwangsbetreuung sind mit der UN-BRK unvereinbar!

V.i.S.d.P.: Uwe Pankow, Adresse wie oben